

VOR DEM KOLLAPS

Wie Klimaschutz gelingen kann



Hiltrud Breyer MdEP



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament





zu 6 Meter erhöhen. Ganze Inselstaaten, tiefer gelegene Länder, wie etwa Bangladesch, und Küsten könnten künftig im Meer versinken und Millionen Menschen ihren Lebensraum verlieren. Der Inselstaat Tuvalu hat bereits Klima-Asyl in Australien und Neuseeland beantragt. Vor allem die Menschen in den ärmsten Ländern werden die Konsequenzen des Klimawandels drastisch zu spüren bekommen, obwohl sie selbst kaum den Klimawandel verursachen. Sie können sich kaum gegen Wetterextreme und steigende Meeresspiegel schützen. Auf der Südhalbkugel wüten Hurrikans, Dürren und Überschwemmungen besonders häufig und heftig. Weltweit wären mehr als eine Milliarde Menschen von Wassermangel bedroht. Ernteerträge werden massiv abnehmen und Nahrungsmittel spürbar

**KLIMAWANDEL TÖTET.
NICHT ERST MORGEN,
SONDERN SCHON HEUTE.**

Klimawandel ist sichtbar. Bereits jetzt können wir ihn spüren und sehen. Extremwetter häufen sich. Fast jeder Sommer beschert uns inzwischen neue Hitzerekorde. Tornados toben immer öfter und heftiger – selbst mitten in Europa. Und auch Jahrhundertfluten erleben wir heutzutage immer häufiger. Bereits die Hitzewelle im August 2003 forderte in Europa bis zu 35.000 Menschenleben. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt: Schon jetzt sterben jedes Jahr rund 150.000 Menschen durch Klimawandel. Tödliche Tropenkrankheiten wie Malaria und Dengue-Fieber könnten bald nach Süd- und Mitteleuropa vordringen, wenn dort die Temperatur steigt. Und Hurrikan Katrina gab 2005 einen Vorgeschmack, was Küstenbewohnern künftig öfter drohen könnte: Mehr als 1.800 Menschen starben. Rund 80 % von New Orleans standen bis zu 7,60 Meter tief im Wasser. Dramatisch ist der Klimawandel längst in der Arktis. Rundum den Nordpol schrumpfte das ewige Eis allein zwischen 2004 und 2005 um 730.000 Quadratkilometer und damit um 14 %. Dies entspricht in etwa der gesamten Fläche von Schweden und Norwegen. Überall auf der Welt schmelzen die Gletscher. In den Alpen sind bereits viele ganz verschwunden. Schmelzwasser verwandelt friedliche Bergbäche in reißende Ströme, die Dörfer überfluten und Gletscherseen bis zum Bersten füllen.

**KLIMAWANDEL ZERSTÖRT
UNSERE LEBENSGRUNDLAGEN
UND MACHT ARM.**

Experten rechnen damit, dass der Klimawandel bis zum Jahr 2100 den Meeresspiegel um 10 bis 90 cm steigen lässt. Wenn große Eisflächen auf Grönland schmelzen, wird er sich um bis



verknappen. Steigt die globale Durchschnittstemperatur um 4 Grad Celsius, drohen weltweit 400 Millionen Menschen zu verhungern.

Aber auch Europa wäre betroffen. Steigt der Meeresspiegel von Nord- und Ostsee um einen Meter, werden allein in Deutschland rund 14.000 Quadratkilometer Küste und Hinterland überschwemmt – rund 4 % der Landesfläche. Durch Dürren werden nicht nur auf der Südhalbkugel, sondern auch in Europa, etwa in Spanien, Süditalien oder Brandenburg Böden versteppen, Wüsten vordringen und Wasservorräte rar werden. Warmes Oberflächenwasser aus den Tropen garantiert Europa sein angenehmes Klima. Doch durch den Klimawandel beginnt sich diese Fernwärmepumpe, der Golfstrom, bereits abzuschwächen – vor Grönlands Ostküste immerhin um 30 %. Wissenschaftler befürchten, dass er durch den Klimawandel eines Tages sogar ganz ausfallen könnte. In diesem Fall würde Europa eine neue Eiszeit erleben.

**KLIMAWANDEL BEDROHT
DIE BIOLOGISCHE VIelfALT.**

Nach neuesten Studien bedroht der Klimawandel in Europa mehr als 50 % aller Pflanzenarten. Traditionelle und beliebte Obstsorten,

wie etwa Cox-Orange- und Boskop-Äpfel, könnten bald nicht mehr in Mitteleuropa wachsen. Was der Klimawandel für Säugetiere bedeutet, verdeutlicht das Beispiel Eisbär. Durch das Schmelzen der Arktis schrumpft sein Lebensraum. Als Folge könnte der Bestand, der bereits auf 22.000 Tiere gesunken ist, in den nächsten 45 Jahren noch einmal um 30 % schwinden. Insgesamt könnten durch den Klimawandel Tier- und Pflanzenarten in einem Maße aussterben, wie es unser Planet noch nicht einmal beim Untergang der Dinosaurier erlebt hat. Bis zu 40 % aller Tierarten könnten für immer ausgelöscht werden, wie die Ringelrobbe, der Blaurückenlachs oder Sandstrandläufer. Vor allem Korallenriffe sind akut bedroht.



die Sicherheit. Schon heute gibt es kriegerische Auseinandersetzungen, bei denen es vor allem um Land und Wasser geht. Das schlimmste Beispiel hierfür ist Darfur im Westsudan. Verschlechtert sich die ökologische Situation, wird in vielen Regionen der Welt die soziale Lage so eskalieren, dass noch mit viel mehr Verteilungskämpfen ums Überleben zu rechnen ist. Bereits heute gibt es weltweit mehr Umweltflüchtlinge als Kriegsflüchtlinge. Experten rechnen damit, dass die Zahl der Umweltflüchtlinge in den nächsten 20 Jahren auf 100 Millionen Menschen wachsen wird – ein Horrorszenario.

KLIMAWANDEL

KOSTET MILLIARDEN.

Allein der Schaden durch Hurrikan Katrina betrug 81 Milliarden US-Dollar. Die Hochwasser an Elbe und Donau im Jahr 2002 kosteten – neben Leben und Leid – 9 Milliarden Euro und die landwirtschaftlichen Schäden durch die Hitzewelle 2003 rund 13 Milliarden Euro. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, dass der Klimawandel um 2050 weltweit volkswirtschaftliche Schäden in Höhe von mehreren Billionen Euro verursachen könnte. Schon im nächsten Jahrzehnt könnte er durch Wetterextreme weltweit jährlich 150 Milliarden US-Dollar kosten, befürchtet einer der größten Rückversicherer, die Schweizer Swiss-Re. In Modellrechnungen für die britische Regierung kommt der ehemalige Weltbank-Chefökonom Sir Nicholas Stern zu einem alarmierenden Ergebnis: Wird der Klimawandel nicht wirksam bekämpft, könnte dieses Nichtstun schon bald rund 20 % des Weltbruttosozialprodukts verschlingen. Es würde eine dramatische Welt-

KLIMAWANDEL GEFÄHRDET

DEN FRIEDEN.

Knapper werdende Ackerbauflächen, steigende Meeresspiegel, Rückgang der Wasservorräte und verheerende Unwetter bedrohen

DIE 700-SEITIGE STUDIE „THE ECONOMICS OF CLIMATE CHANGE“

KOMMT ZU FOLGENDEN ERGEBNISSEN:

- Die wissenschaftlichen Beweise sind überwältigend: der Klimawandel ist eine ernsthafte globale Bedrohung und verlangt eine dringende globale Antwort.
- Überschwemmungen infolge steigender Meeresspiegel könnten bis zu 100 Millionen Menschen obdachlos machen.
- Schmelzende Gletscher könnten für einen von sechs Menschen auf der Welt zu Wasserknappheit führen.
- Bis zu 40 Prozent aller Tierarten könnten ausgerottet werden.
- Trockenheit und Dürre könnten Hundert Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen machen.
- Es ist immer noch Zeit, die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden, wenn wir jetzt entschieden handeln.
- Die Vorteile eines frühen Handelns überwiegen die wirtschaftlichen Kosten des Nichthandelns.
- Das Handeln gegen den Klimawandel ist für alle Länder nötig und braucht die Wachstumsambitionen reicher oder armer Länder nicht zu behindern.

wirtschaftskrise auslösen – die schlimmste seit dem Super-Börsen-Crash von 1929 und der anschließenden Großen Depression, die weltweit Millionen Menschen ins Elend stürzte. Diese Krise könnte lange dauern, denn die Ursachen – die Veränderungen durch den Klimawandel – lassen sich kaum rückgängig machen.

**KLIMAWANDEL IST KEIN
UNABWENDBARES EREIGNIS.
ER IST VON UNS MENSCHEN
GEMACHT.**

Hauptursache für den Klimawandel ist die Verbrennung fossiler Brennstoffe, wie Öl, Kohle und Gas. Denn dadurch wird Kohlendioxid freigesetzt. Indem wir Menschen weltweit die Wälder abholzen, zerstören wir zudem wertvolle Senken. Denn Bäume und Pflanzen absorbieren Kohlendioxid und senken so die Konzentration in der Atmosphäre. Als Folge unseres Handelns hat sich seit Beginn der Industrialisierung die Konzentration der Treibhausgase stark erhöht. Insgesamt um mehr als 30 % von 1750 bis heute. Inzwischen ist die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre höher als jemals zuvor in den vergangenen 420.000 Jahren. Wahrscheinlich ist sie sogar höher als in den vergangenen 20 Millionen Jahren. Doch nicht nur die Höhe, sondern auch die Geschwindigkeit des Anstiegs macht Sorge. Nie zuvor in den letzten 20.000 Jahren ist die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre so schnell gewachsen. Der derzeitige Anstieg läuft sogar fast 60-mal schneller als der schnellste in den verstrichenen 800.000 Jahren. Konsequenz: Auf der Erdoberfläche klettern die Durchschnittstemperaturen. Allein in den vergangenen 100 Jahren erhöhte sich die mittlere Erdtemperatur um etwa 0,6 Grad Celsius. Bis zum Jahr 2100 könnte sie sogar um bis zu 6 Grad Celsius steigen.

**NOCH KÖNNEN WIR DEN
KLIMAWANDEL BEGRENZEN.
WIR MÜSSEN JEDOCH
JETZT HANDELN.**

Die schlimmen Folgen des Klimawandels lassen sich nur dann in Grenzen halten, wenn die Oberflächentemperatur der Erde – im Vergleich zur vorindustriellen Zeit – um nicht mehr als 2 Grad Celsius steigt. Hierzu muss es gelingen, bis zum Jahr 2050 die Treibhausgas-Emissionen weltweit um mindestens 50 % zu mindern. Um dies zu schaffen, dürfen wir keine Zeit mehr verlieren. Wissenschaftler sind sicher: Wenn wir wie bisher nur in kleinen Timpelschritten



vorangehen, können wir die 2-Grad-Celsius-Grenze nicht einhalten. Gleiches gilt, wenn wir noch 10 Jahre warten, bis wir endlich wirksam handeln. Je länger wir nichts tun, umso drakonischer werden die Konsequenzen sein. Und desto höher sind Kosten, die wir alle tragen müssen. So rechnet Nicholas Stern in der oben genannten Studie vor, dass Nichtstun entschieden teurer ist als Handeln: Rund 1 % des jährlichen Bruttonationalprodukts sind erforderlich, um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen. Die katastrophalen Folgen, die durch Nichtstun entstehen, werden uns dagegen 5- bis 20-mal soviel kosten. Schon jetzt ist ein ökonomisches Umsteuern möglich, ohne dass allzu spürbare Lasten entstehen. Die Forschung zeigt, dass allein schon technischer Fortschritt die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um 60 % senken kann.

**NEGAWATT STATT MEGAWATT
IST DAS GEBOT DER STUNDE.**

Die bedeutendste, billigste und sauberste Energiequelle ist die Energieeinsparung. Technisch wäre es kein Problem, binnen 15 Jahren ein Fünftel des heutigen Stromverbrauchs einzusparen, und das mit volkswirtschaftlichem Gewinn. Bedauerlicherweise gibt es in Europa noch immer Kraftwerke, deren Wirkungsgrad unter 35 % liegt. Dagegen erreichen moderne Gas- und Dampfkraftwerke Wirkungsgrade von 57 %. Nutzen sie zudem Kraft-Wärme-Kopplung, schaffen sie sogar mehr als 90 %. Enorme Einsparpotenziale bestehen auch im Haushaltsbereich. So lässt sich bei bestehenden Gebäuden der Energiebedarf um bis zu 90 % senken. Alleine die konsequente Bekämpfung des Stand-by-Betriebs würde beispielsweise in Deutschland so viel Energie sparen, wie zwei Atomkraftwerke produzieren. Verbrauchsarme Kühl- und Gefriergeräte sind zwei- bis dreimal effizienter als herkömmliche Produkte. Und Energiesparlampen verbrauchen fünfmal weniger Strom als herkömmliche Glühlampen. Eine Kampagne der Internationalen Energieagentur in Frankreich hat gezeigt,

dass sich im Haushaltsbereich der Stromverbrauch um 40 % mindern lässt – nur durch das Ersetzen von alten Elektrogeräten durch effiziente neue. Auf diese Weise könnte Frankreich vier Atomkraftwerke abschalten. Nebenbei würde die Nachfrage nach neuen Geräten Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze stimulieren. Äußerst wirkungsvoll wäre zudem das Top-Runner-Modell, das bereits in Japan existiert. Dort nahm die Regierung die Eckwerte der energieeffizientesten Geräte einer Produktgruppe und setzte sie für ein bestimmtes Zieljahr als Standard fest. Hersteller, die diese Vorgaben nicht erfüllen, werden zunächst ermahnt. Schaffen sie keine Abhilfe, müssen sie ihre Geräte vom Markt nehmen. Japan verspricht sich davon enorme Energieeinsparungen: Bei Videokordern bis zu 59 %, bei Klimaanlage ca. 63 % und Computern etwa 83 %.

ERNEUERBAREN ENERGIEN GEHÖRT DIE ZUKUNFT.

Erneuerbare Energien sind unverzichtbar für den Klimaschutz. Nur sie ermöglichen eine zukunftsfähige, sichere Energieversorgung, die uns unabhängig macht von der Endlichkeit fossiler Energieträger. Angesichts steigender Preise für Öl und Gas können die Erneuerbaren schon bald kostengünstiger sein als konventionelle Energie. Neben Solarstrom und Solarwärme bieten vor allem Windparks im Meer große Ausbaupotenziale. Hinzu kommt neben Geothermie die Nutzung von Biomasse. Allerdings darf diese nicht zu einem Mehreinsatz von Dünger und Pestiziden führen oder gar zur freien Fahrt für Gentechnologie. Auch die EU-Bürgerinnen und -Bürger sehen in den erneuerbaren Energien ihre Zukunft: Fast 80 % bevorzugen sie vor teuren Öl- und Gasimporten, so das Ergebnis einer Eurobarometer-Umfrage. Gleichzeitig erteilen sie der Atomenergie

eine klare Absage. Nur 12 % der Befragten befürworteten einen Atomausbau. Die Nutzung der Atomkraft ist keine Lösung: um nur 10 % des Stroms aus Kohle, Öl und Gas zu ersetzen, müsste die Zahl der weltweit gegenwärtig 443 Reaktoren mindestens verdoppelt werden. Die Uranvorkommen sind ebenso endlich wie Öl und werden in ca. 30 bis 40 Jahren zur Neige gehen. Ausführliche Informationen dazu im Faltblatt „Europäische Atompolitik – Wie der europäische Atomausstieg gelingen kann“.

ERNEUERBARE ENERGIEN

REDUZIEREN WELTWEIT ARMUT.

Energie ist ein Schlüssel für wirtschaftliche Entwicklung. Dementsprechend groß ist das weltweite Bedürfnis danach. Seit Beginn der 70er Jahre hat sich der weltweite Energieverbrauch verdoppelt. Nahezu alle Szenarien besagen, dass sich dieser Trend fortsetzen wird. Beispielsweise hat Indien seit 1992 seinen Ölverbrauch verdoppelt, China ist inzwischen zweitgrößter Ölimporteur. Wenn der Pro-Kopf-Energieverbrauch allein dieser beiden Staaten nur annähernd das Niveau der USA oder Europas erreichen würde, bräuchten wir zwei Planeten, um die Nachfrage zu stillen. Es reicht daher nicht, nur bei uns den Energie- und Ressourcenverbrauch vom Wirtschaftswachstum abzukoppeln. Vielmehr muss dies auch den Schwellen- und Entwicklungsländern gelingen. Neben einer hohen Energieeffizienz spielen hier die erneuerbaren Energien eine zentrale Rolle. Dies haben auch die Regierungen von mehr als 150 Staaten erkannt. Sie beschlossen bei der Bonner Konferenz für Erneuerbare Energien (Renewables 2004): Bis zum Jahr 2015 soll eine Milliarde Menschen mit Energie aus erneuerbaren Quellen versorgt werden.



KLIMASCHUTZ BRAUCHT

ÖKONOMISCHE INSTRUMENTE.

Lange Zeit hat im Wesentlichen das Ordnungsrecht die Umweltpolitik bestimmt. Dieses schreibt vor, unter welchen Voraussetzungen ein umweltrelevantes Handeln verboten oder erlaubt ist. Es gibt jedoch eine Vielzahl von Gefahren, die so komplex sind, dass sie sich durch Ordnungsrecht nicht regeln lassen. Hierzu gehört auch der Klimawandel. Dagegen nutzen ökonomische Instrumente, wie der Emissionshandel und die Besteuerung von Energie, marktwirtschaftliche Mechanismen. Denn sie verleihen den Ursachen des Klimawandels einen Preis und geben so klimafreundlicheren Produkten, Dienstleistungen oder Verhaltensweisen einen Wettbewerbsvorteil. Insofern war es ein historischer Schritt, als am 1. Januar 2005 in der Europäischen Union der Emissionshandel startete. Denn durch ihn erhielt die Belas-



tung des Allgemeinguts Atmosphäre erstmals einen marktbestimmten Preis. Es ist den Grünen im Europaparlament zu verdanken, dass die Versteigerung der Zertifikate überhaupt erst möglich wurde. Der Verzicht auf die Versteigerung ist eine Vergeudung öffentlicher Einnahmen. Der Emissionshandel hilft zudem, Treibhausgase kosteneffizient zu reduzieren. Die teilnehmenden Unternehmen haben grundsätzlich die Wahl, selbst Minderungsmaßnahmen zu ergreifen oder entsprechende Rechte auf dem Markt einzukaufen. Zudem müssen sie gegenüber den Genehmigungsbehörden eine Reihe von Angaben machen, u. a. über die Höhe der Emissionen und die Art der Emissionsquellen. Dadurch können Behörden rascher erkennen, ob Emissionstrends in die richtige oder falsche Richtung gehen und gegebenenfalls gegensteuern.

GLOBALER KLIMASCHUTZ

MUSS WEITERGEHEN.

Im Februar 2005 trat das Kyoto-Protokoll in Kraft. Es verpflichtet die Industrieländer, bis zum Jahr 2012 den Ausstoß von Treibhaus-

gasen – im Vergleich zu 1990 – um 5 % zu senken. Die Europäische Union ging bei der Verabschiedung des Kyoto-Protokolls im Jahr 1997 über diese Minderungspflicht hinaus. Die damaligen 15 Mitgliedstaaten versprachen, ihre Treibhausgase um mindestens 8 % zu reduzieren. Um allerdings den Klimawandel zu verhindern, genügt dies noch lange nicht. Vielmehr müssen die Industriestaaten bis 2050 ihre Treibhausgasemissionen um 60 bis 80 % gegenüber 1990 reduzieren – stärker als der Durchschnitt aller Länder. Um dies zu erreichen, müssen auch die USA und Australien mitmachen. Beide Staaten haben bislang das Kyoto-Protokoll nicht anerkannt, obwohl allein die USA für ein Viertel aller Emissionen verantwortlich sind. Es muss uns daher gelingen, alle Länder – auch die USA und Australien – von der Notwendigkeit und den Vorteilen des Klimaschutzes zu überzeugen. Nur dann schaffen wir es, den Klimawandel wirklich zu verhindern.

JEDE UND JEDER KANN

KLIMAWANDEL VERHINDERN.

Klimawandel ist zwar ein globales Problem. Dennoch hat jeder von uns viele Möglichkeiten, etwas dagegen zu tun. Bereits kleine Veränderungen unseres Verhaltens im Alltag können Treibhausgase vermeiden und sogar Geld sparen. Wer beispielsweise die Wohnungstemperatur um nur 1 Grad Celsius senkt, kann pro Jahr und Haushalt bis zu 300 kg CO₂-Emissionen sowie 5 bis 10 % der Heizkosten vermeiden. Wer zudem seinen Thermostat so einstellt, dass er nachts, bei Urlaub oder sonstiger Abwesenheit die Temperatur herunterregelt, kann seine Heizrechnung um weitere 7 bis 15 % senken. Werden alte, einfach verglaste Fenster durch Wärmeschutzglas ersetzt, lassen sich bis zu 70 % der bisher verlorenen Energie sparen. Wer zum Lüften für wenige Minuten die Fenster weit öffnet, anstatt sie den ganzen Tag auf Kipp zu stellen, kann pro Jahr fast eine Tonne CO₂ vermeiden. Und wer in Fluren und Zimmern 5 nicht benötigte Lampen abschaltet, spart pro Jahr etwa 60 Euro und ca. 400 kg CO₂.



JETZT HANDELN!

TIPPS GIBT ES IM INTERNET

10 Tipps der Fraktion Grüne/EFA im Europaparlament:

www.greens-efa.org/cms/default/dokbin/106/106288.leaflet_play_your_part@en.pdf

Kampagne der EU-Kommission „Du kontrollierst den Klimawandel“:

http://ec.europa.eu/environment/climat/campaign/index_de.htm

Informationen zum Wechsel zu Ökostrom:

www.atomausstieg-selber-machen.de

Klimabewußt fliegen: www.atmosfair.de

Projekte der Deutschen Energie-Agentur:

www.deutsche-energie-agentur.de/page/index.php?dena

Energieberatung der Verbraucherverbände vor Ort:

www.vzbv.de/mediapics/liste_energieberatung_bundesweit_vzbv.pdf



GRÜNE FORDERUNGEN UND ZIELE

- **Kyoto-Plus schaffen:** Wir fordern, das Kyoto-Protokoll durch neue verbindliche Minderungsziele und schärfere Sanktionen fortzuentwickeln. Gleichzeitig brauchen wir ein Kyoto-Plus für Technologieoffensiven, Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien.
- **Europa muss beim Klimaschutz vorangehen:** Die Europäische Union muss bis zum Jahr 2020 ihre Treibhausgas-Emissionen um mindestens 30 % senken.
- **Klimaschutz in den Mittelpunkt der Politik stellen:** Angesichts der existenziellen Bedeutung müssen sich alle Politikfelder systematisch auf das Ziel des Klimaschutzes ausrichten.
- **EU-Umweltrecht anwenden:** Damit die Ökosysteme langfristig geschützt werden, müssen vor allem die EU-Wasserrahmenrichtlinie und die FFH- und Vogelschutzrichtlinien umfassend umgesetzt werden.
- **Energieeffizienz steigern:** Das im EU-Aktionsplan zu Energieeffizienz festgelegte Ziel von 20 % bis 2020 ist nur das Mindestziel, welches auf keinen Fall verwässert werden darf.
- **Erneuerbare Energien ausbauen:** Bis 2020 müssen die erneuerbaren Energien mindestens 20 % des Stromverbrauchs in der Europäischen Union decken. Bis spätestens 2050 müssen sie rund 50 % des Energiebedarfs stillen.
- **CO₂-Belastung des Flugverkehrs senken:** Kerosin muss endlich besteuert werden. Nur so lässt sich die klima- und wettbewerbsschädliche Steuerbegünstigung des Flugverkehrs beenden. Weiterhin wollen wir den Flugverkehr in den Emissionshandel einbeziehen.

WEITERE LINKS UND KONTAKTADRESSEN

GRÜNE LINKS

www.stopclimatechange.net

www.greens-efa.org

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: www.gruene.de, info@gruene.de

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Energie der Grünen: www.gruene.de/bag.energie

BAG Ökologie der Grünen: www.gruene.de, bag.oekologie@gruene.de

BAG Mensch und Tier der Grünen: www.gruene.de, bag.mensch-tier@gruene.de

GRÜNE JUGEND – Bundesverband: www.gruene-jugend.de,

Fachforum Ökologie, buero@gruene-jugend.de

INSTITUTIONEN

Umweltausschuss des Europaparlaments:

www.europarl.europa.eu/comparl/en/envi/default_en.htm

Resolution des Europaparlaments zu Verringerungen der Klimaauswirkungen des Luftverkehrs vom 4. Juli 2006: www.europarl.europa.eu

Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission:

http://www.ec.europa.eu/environment/climat/home_en.htm

Webseite der EU-Kommission speziell für Kinder:

http://ec.europa.eu/environment/youth/index_de.html

International Panel of Climate Change: www.ipcc.ch

UNEP: climatechange.unep.net

NGOS

Europäisches Umweltbüro: www.eeb.org, eeb@eeb.org

Friends of the Earth Europe: www.foeeuropa.org, info@foeeuropa.org

WWF International: www.panda.org, info@wwf.de

BUND: www.bund.net, bund@bund.net

Greenpeace: www.greenpeace.org, mail@greenpeace.de

DNR – Deutscher Naturschutzring: www.dnr.de, info@dnr.de

EUROSOLAR: www.eurosolar.org, inter_office@eurosolar.org

BBU e.V.: www.bbu-online.de, bbu-bonn@t-online.de

Weitere Infos und Kontaktadressen zum europäischen Klimaschutz gibt es unter

www.hiltrud-breyer.eu

SCHON ABONNIERT?

Die kostenlosen eMail-Newsletter von Hiltrud Breyer MdEP direkt aus dem Europaparlament

EU-ÖkoNews • EU-VerbraucherInfo

Vierteljährliche aktuelle Informationen rund um den EU-Umwelt- und Verbraucherschutz mit wichtigen Links und EU-Ausschreibungen.

Zu beziehen per eMail an: hiltrud.breyer@europarl.europa.eu oder über die Webseite www.hiltrud-breyer.eu

Handbuch „Keine Angst vor Brüssel“ – zu beziehen unter www.hiltrud-breyer.eu

HERAUSGEBERIN

Hiltrud Breyer MdEP,

Die GRÜNEN im Europaparlament

ASP 8G265, Rue Wiertz, B-1047

Tel. 00 32-2-284-52 87, Fax 00 32-2-284-92 87

hiltrud.breyer@europarl.europa.eu, www.hiltrud-breyer.eu

Redaktion: Ute Holzmann-Sach, Anne Stauffer

Gestaltung: kipconcept gmbh, Bonn

Fotos: brandX; Torche/LAIF; Fotoagentur AURA; W. Faidley/FOTEX; G. Alabiso/VISUM; European Community; Eisermann/LAIF

Druck: Engelhardt, Neunkirchen

Dezember 2006